



aktionszentrum@forum-rauchfrei.de
www.forum-rauchfrei.de

Aktionszentrum Forum Rauchfrei
Mühlenhoffstr. 17 · 10967 Berlin
☎ (030)74755922

Sprecher
Johannes Spatz ☎ 017624419964
Dr. Henry Stahl ☎ 017610207105

19.02.2016

Die Einflussnahme der Tabakindustrie auf das Tabakerzeugnisgesetz

Laut Artikel 5.3 des Gesetzes zu dem Tabakrahenübereinkommen hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, sich vor der Einflussnahme der Tabakindustrie zu schützen. Wie wenig sie dieser Verpflichtung nachkommt, wird schon durch die Zahl der Kontakte deutlich, die Politiker oder Beamte in Ministerien zu Vertretern der Tabakindustrie hatten. Die folgende - nicht vollständige - Auflistung von Kontakten zeigt, in welchem Maße es der Industrie gelingt, ihren Einfluss geltend zu machen. Dass es ihr gelingt, zeigt eine Meldung der Tabakzeitung vom 5. Februar 2016. Sie schreibt: „Endlich zeigen Lobbyarbeit und Argumente Wirkung“.

Lobbyveranstaltungen in Berlin

Seit 2010 zählte das Forum Rauchfrei knapp 100 Lobbyveranstaltungen der Tabakindustrie in Berlin. So bieten z.B. der Deutsche Zigarettenverband oder Firmen wie Philip Morris ein „Parlamentarisches Frühstück“ oder einen „Parlamentarischen Abend“ oder Diskussionsveranstaltungen unter dem Motto „Freiräume“. Die Firma Reemtsma verleiht den „Liberty Award“ und die Körber-Stiftung den Deutschen Studienpreis. Das Gros der Veranstaltungen besteht aus den zwanglosen „Afterwork“-Treffen in der Dunhill Lounge des Zigarettenherstellers British American Tobacco. Dazu werden neben den Mitgliedern des Bundestages auch deren Mitarbeiter eingeladen.

Besuche in den Ministerien

Seit 2010 sind dem Forum Rauchfrei über 61 Gespräche zwischen der Tabakindustrie und Vertretern der Bundesregierung bekannt. Über das Informationsfreiheitsgesetz konnte das Forum Rauchfrei bisher in 16 Gesprächsakten Einsicht nehmen. Danach gibt es in 11 der 16 Gesprächsunterlagen keine Protokolle bzw. Vermerke über den Gesprächsverlauf.

Das Kanzleramt und das Wirtschaftsministerium, denen beiden eine besondere Nähe zur Tabakindustrie nachgesagt wird, haben nach Sichtung der bisher freigegebenen Akten vollständig auf die offizielle Protokollierung der Gespräche verzichtet. Im Kanzleramt waren sogar sämtliche Unterlagen zu einem Gespräch nicht mehr auffindbar.

Besonders auffällig ist ein Gespräch von British American Tobacco mit dem Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt in der heißen Endphase des Tabakerzeugnisgesetzes am 30. Oktober 2015. Das Forum Rauchfrei hatte den Minister seit Januar 2015 mit acht Schreiben ohne Erfolg um einen Gesprächstermin gebeten.

Danach wurde ca. 40 Verbänden, die die Interessen der Tabakkontrolle als auch der Tabakindustrie vertreten, kurzfristig die Möglichkeit eingeräumt, bis zum 24. November eine

Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf einzureichen. Dies war mit der Ankündigung verbunden, dass das Ministerium beabsichtige, die Stellungnahmen zu veröffentlichen. Bis zum 16. Februar kam es trotz mehrfacher Anfragen zu keiner Veröffentlichung. Auch hat das Ministerium die von dem Forum Rauchfrei im September 2015 erbetene Akteneinsicht bis heute nicht gewährt.

Werksbesuche

Allein im Jahr 2015 statteten 15 hochrangige Politiker acht Firmen, die Tabakprodukte herstellen, Werksbesuche ab. Darunter waren die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer (bei Japan Tobacco International), der Ministerpräsident von Niedersachsen, Stephan Weil (bei der Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH) und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (bei Philip Morris). Die Berichterstatterin für Tabak der CDU im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, Kordula Kovac, besuchte zwischen August und November gleich vier Zigarrenhersteller. Nach Klagen der Firma Villiger über drohende bildliche Warnhinweise sagte sie nach Pressemeldungen zu: „Wir werden das alles noch einmal überdenken.“ Deutlicher lässt sich Einflussnahme der Industrie auf gesundheitspolitische Maßnahmen kaum darstellen.

Schlussbemerkung

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat es der Tabakindustrie mit seiner Geheimniskrämerei sehr leicht gemacht, Einfluss zu nehmen. Die Tabakindustrie hat mit einer Vielzahl von Gesprächen Druck auf Regierung und Politik ausgeübt und sehr erfolgreich ursprünglich vorgesehene Maßnahmen zum Gesundheitsschutz verhindert. Dazu zählen insbesondere ein Tabakwerbeverbot auch am Ort des Verkaufs, kombinierte Text / Bild Warnhinweise für alle Rauchtobakerzeugnisse und ein Mentholverbot ab dem 21. Mai 2016. Die Willfährigkeit des zuständigen Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums gipfelt in der Verzögerung der Einführung eines Außenwerbeverbot bis 2020, die durch nichts begründbar ist.

Die Leitlinien zu Artikel 5.3 des Gesetzes zu dem Tabakrahenübereinkommen empfehlen ausdrücklich, Interaktionen mit der Tabakindustrie nur dann durchzuführen, wenn dies absolut notwendig ist, um die Industrie zu kontrollieren. Für Interaktionen, die stattfinden, wird vollständige Transparenz gefordert. Beide Maßnahmen, die den gesetzlich verankerten Schutz gesundheitspolitischer Maßnahmen vor der Einflussnahme der Tabakindustrie gewährleisten können, werden von Vertretern der Bundesregierung anhaltend ignoriert. Die Bundesregierung kommt ihren Verpflichtungen aus dem Gesetz zu dem Tabakrahenübereinkommen nicht nach.

Forderungen

- Die Bundesregierung muss die Empfehlung des Gesetzes zum Tabakrahenübereinkommen umsetzen und darf Gespräche mit der Tabakindustrie nur in öffentlichen Anhörungen führen.
- Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens mit Ombudsleuten.
- Es werden Standards für den Umgang der Regierungsbeamten mit der Tabakindustrie entwickelt.